

Integrationsmanager für eine flächendeckende Sozialberatung

Uli Sckerl sprach bei der Mitgliederversammlung der GLH – „Europäische Union muss zeigen, dass sie eine Wertegemeinschaft ist“

Hirschberg. (ze) „Der Landtag geht in die Sommerpause, die Landesregierung nicht“, ging der Landtagsabgeordnete der Grünen, Uli Sckerl, bei der Mitgliederversammlung der Grünen Liste Hirschberg (GLH) auf aktuelle Entwicklungen ein. So startete Anfang dieser Woche der Pakt für Integration mit den Kommunen. „Ab sofort können die Kommunen Mittel für Integrationsmanager beantragen“, erläuterte Sckerl.

Die Integrationsmanager sind ein zentrales Element dieses Programms, sollen sie doch eine flächendeckende und individuelle Sozialberatung für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung gewährleisten. Dabei soll für 70 Menschen in der Anschlussunterbringung ein Integrationsmanager zur Verfügung stehen, der zunächst für zwei Jahre vom Land bezahlt wird. Darüber hinaus würden auch Sprachförderungsprogramme oder etwa Projekte, mit denen der Übergang von Schule zu Beruf erleichtert wird, vom Land unterstützt. Insgesamt wende das Land dafür 500 Millionen Euro pro Jahr

auf. Das sei aber deutlich weniger als im Jahr 2016, als das Land zwei Milliarden Euro für die Flüchtlinge ausgab.

„Über die Integration der Flüchtlinge werden wir noch oft reden“, war sich Sckerl sicher, dass dieses Thema Politik und Menschen im Land noch länger beschäftigen wird. Das Thema lasse sich auch nicht aus dem Wahlkampf heraushalten, da derzeit Italien ein großes Problem mit den vielen in das Land kommenden Menschen aus Afrika habe. Hier müsse eine europäische Lösung gefunden werden, so Sckerl. Dabei müsse die Europäische Union zeigen, dass sie eine Wertegemeinschaft ist und nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Wirtschaftsgemeinschaft werde auf Dauer keinen Bestand haben, prophezeite Sckerl.

Der Landtagsabgeordnete sprach ebenso die von der Regierung geplanten rund 2000 neuen Stellen bei der Polizei, Schulen und in der Umweltverwaltung

an, die von der Opposition kritisiert werden. „Wenn wir nichts machen, heißt es: Die lassen die Polizei im Stich“, konnte Sckerl die Kritik an den zusätzlichen Stellen für die Polizei nicht verstehen. Die Ordnungshüter in Baden-Württemberg sei seit Jahren unterbesetzt.

Bei den Schulen komme der durch den demografischen Wandel prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen nicht an. Außerdem sei es notwendig, für die Inklusion oder die Gemeinschaftsschulen mehr Lehrer zur Verfügung zu stellen. Da sich in letzter Zeit ein riesiger Artenschwund bei Vögeln und Insekten gezeigt habe, sei auch ein Ausbau der Stellen in der Umweltverwaltung wichtig. „Wir müssen Instrumente entwickeln, um dies aufzuhalten“, verdeutlichte Sckerl.

Auch auf die AfD ging Sckerl ein. Diese sei eine „stark völkisch und rechtspopulistisch“ geprägte Partei, habe er im Landtag festgestellt. Besonders kritisier-

te er den Umgang der AfD mit den Vorfällen in Schorndorf. Diese habe die AfD mit denen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln verglichen. Die Ereignisse in Schorndorf hätten damit aber nichts zu tun. So seien dort nicht, wie zunächst gemeldet, 1000 gewalttätige Jugendliche gegen die Polizei vorgegangen, sondern nur rund 100.

Ebenso war die Diesellaffäre ein Thema bei der GLH-Mitgliederversammlung. Einem auch von einigen Mitgliedern der GLH ins Spiel gebrachten Verbot von Dieselmotoren durch den Bund erteilte Sckerl eine Absage. Denn dies könne nur auf europäischer Ebene geschehen. Zudem müsse die grün-schwarze Landesregierung auf die 226 000 Arbeitsplätze, die an der baden-württembergischen Autoindustrie hängen, Rücksicht nehmen.

Dies sei kein Totschlagargument, wie oftmals der Regierung vorgeworfen werde, sondern Realpolitik. „Diese Arbeitsplätze können uns als Landesregierung nicht egal sein“, betonte Sckerl.

*Kritik an
der AfD*
